



Stettiner Zeitung

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 11. Februar 1887.

Nr. 69.

Deutschland.

Berlin, 10. Februar. Seine Majestät der Kaiser hatte gestern Nachmittag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

Dem Kronprinzen wurden gestern Mittag von dem Kriegeminister Generalleutnant Bronsart von Schellendorff eine Anzahl Mannschaften mit dem neuen Infanterie-Marschgepäck vorgestellt, welches demnächst in der Armee zur Einführung gelangen soll und welches bereits kurz zuvor auch dem Kaiser im königl. Palais vorgezeigt worden war.

Die „Allgem. Ztg.“ veröffentlicht den italienischen Wortlaut des dem bereits bekannten Schreiben des Kardinals Jacobini vom 21. Januar vorausgegangenen ersten Schreibens des Kardinals Jacobini an den Münchener päpstlichen Nuntius vom 3. Januar nebst folgender Uebersetzung:

Rom, 3. Januar 1887. An Monsignor di Pietro, apostolischen Nuntius, München: „Hochwürdigster Herr! Aus meinem Telegramm vom 1. d. M. haben Sie ersehen, daß allernächstens der Entwurf zur schließlichen Revision der preussischen kirchenpolitischen Gesetze vorgelegt werden wird. Man hat darüber ganz kürzlich formale Zusicherungen gehabt, welche die früheren dem heiligen Stuhl zugegangenen Nachrichten bestätigten. Sie können somit den Herrn Windthorst in dieser Hinsicht beruhigen und die Zweifel, welche derselbe in seinem letzten geschätzten Berichte beigefügten Schreiben ausgesprochen hat, zurückweisen. Im Hinblick auf diese nahe bevorstehende Revision der Kirchengesetze, welche, wie Grund ist, anzunehmen, befriedigend ausfallen wird, wünscht der heilige Vater, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats in jeder demselben möglichen Weise begünstigt. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Regierung auf die Annahme dieses Gesetzes den größten Werth legt. Wenn es nun in Folge dessen gelingen sollte, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen, so würde das Zentrum sich sehr verdient gemacht haben um das Vaterland, um die Humanität und um Europa. Im entgegengesetzten Falle würde man nicht verfehlen, ein feindseliges Verhalten des Zentrums als unpatriotisch zu betrachten und eine Auflösung des Reichstages würde auch dem Zentrum nicht unerhebliche Verlegenheiten und Unsicherheiten bereiten. Durch Zustimmung des Zentrums zu der Septennatsvorlage würde aber die Regierung den Katholiken wie auch dem heiligen Stuhl immer geneigter werden und auf die Fortdauer der friedlichen und gegenseitig vertrauensvollen Beziehungen zu der Berliner Regierung legt der heilige Stuhl keinen geringen Werth. Sie wollen daher die Führer des Zentrums aufs lebhafteste dafür interessieren, daß sie ihren ganzen Einfluß bei ihren Kollegen anwenden und dieselben versichern, daß sie durch Unterstützung des Septennats dem heiligen Vater eine große Freude bereiten, und daß das für die Sache der Katholiken sehr vortheilhaft sein wird. Wenn diese letzteren auch in Folge der neuen Militärgeetze immerhin neuen Lasten und Beschwerclichkeiten entgegensehen, so werden Sie andererseits entschädigt werden durch den vollständigen religiösen Frieden, welcher doch das höchste aller Güter ist. Indem ich vorstehende Betrachtungen Ihrem Takte und Ihrer Umsicht anvertraue, bin ich überzeugt, daß Sie den in Betracht zu ziehenden Personen und Verhältnissen gegenüber davon Gebrauch machen werden.“

gez. Kardinal Jacobini.

Die Kandidaten, für welche die national-liberalen und konservativen Wähler von Berlin am 21. Februar zu stimmen aufgefordert werden, sind jetzt sämmtlich ernannt; es sind, nach der Reihenfolge der sechs Berliner Wahlkreise geordnet, folgende Herren: 1) Hr. v. Zedlitz-Neuharth, 2) Rechtsanwalt Wolff, 3) Oberbürgermeister Miquel, 4) Gymnasiallehrer Dr. Emers, 5) Major z. D. Blume, 6) Fabrikant Holz.

Hierzu bemerkt die „N.-Z.“: Wir brauchen, nach unserer ganzen Stellung zu der gegenwärtigen politischen Krise und insbesondere zur Septennats-Frage, kaum ausdrücklich zu sagen, wie lebhaft wir wünschen, daß Berlin oder doch einer und der andere Berliner Wahlkreis durch Abgeordnete vertreten würde, welche für die Militär-

Vorlage stimmen. Aber wir würden der Pflicht eines Presorgans, der in seinem Leserkreise bestehenden Auffassung Ausdruck zu geben, fehlen, wenn wir verhehlten, daß die obige Kandidaten-Aufstellung von sehr vielen Gemäßigten-Liberalen für eine zum Theil nicht glückliche gehalten wird. Der Fortschrittspartei ist früher mit Recht vorgeworfen worden, daß sie sehr oft ihre unbedeutendsten Leute für die Vertretung der Reichshauptstadt gut genug fand. In der obigen Liste aber sind nur zwei Kandidaten, welche nach ihrer bisherigen öffentlichen Thätigkeit Anspruch auf ein Reichstagsmandat in Berlin erheben können. Wenn man beispielsweise dem 2. Wahlkreise den Herrn Rechtsanwalt Wolff empfiehlt, nachdem Graf Moltke abgelehnt, so hat man sich die Sache denn doch zu leicht gemacht.

Die „Neue Preussische Zeitung“ schrieb kürzlich über die Lage der „freisinnigen“ Partei: „Wo ist denn auch der Wahlkreis, den der „Freisinn“ mit „eigener Kraft“ erobern könnte? Wir glauben nicht, daß man uns wird irgend einen nachweisen können, wo er seiner Sache völlig sicher ist. In der großen Mehrzahl der Fälle aber sind seine Vertreter thätig von Gegnern gewählt, und diesmal dürfte das in noch viel höherem Maße der Fall sein, weil das Zentrum vielfach schon im ersten Gange mit dem „Freisinn“ zu gehen entschlossen ist. Wir könnten Wahlkreise nennen, wo von 23,000 bis 25,000 Wählern nur etwa 1500 bis 2000 Fortschrittler sind, und die gleichwohl, Dank der Beihilfe des Zentrums und der Sozialdemokratie, Aussicht haben, „freisinnig“ vertreten zu sein. Ist eine Partei, die so wenig auf eigenen Füßen zu stehen vermag, berechtigt, die Rolle in unserem öffentlichen Leben zu spielen, die sie thätig spielt?“

Bei dem gestrigen Jahres-Bankett der vereinigten Handelskammern in London hielt der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Ferguson, eine Rede, in welcher er feierlich versicherte, daß die Bemühungen der englischen Regierung erstlich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Niemand wünsche den Frieden sehnlicher als die Königin selbst. Eine Kriegesgefahr sei allerdings vorhanden, aber die Souveräne Europas seien ohne Ausnahme von dem lebhaftesten Wunsche befeuert, den Frieden zu erhalten. Alle Minister der europäischen Mächte hätten den Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens beklundet. Seit den letzten Erklärungen Lord Salisbury's und Smith's im Parlamente hätte das Ministerium keine Information erhalten, daß ein Krieg wahrscheinlich sei, es sei vielmehr der ausgesprochene Wunsch vorhanden, die Ursachen der Streitigkeiten zu beseitigen und die europäischen Fragen in billiger und aufrichtiger Weise zu behandeln; es sei weder eine besondere Ursache für einen Krieg vorhanden, noch ein solcher Zustand der Erbitterung und Spannung, welcher einen Krieg unvermeidlich oder selbst wahrscheinlich machen würde.

In deutscher Sprache wird der „Germania“ geschrieben:

„Die Stadt Thorn, welche drei katholische Pfarreien besitzt und mindestens tausend Stimmen für den polnischen Kandidaten abgeben sollte, hat bei den letzten Wahlen es nur auf 500 Stimmen gebracht.“

Der Bundesrath, welcher heute (Donnerstag) seine gewöhnliche Wochensitzung abhält, wird sich in derselben nur mit Gegenständen von geringer Bedeutung beschäftigen. Meist sind es Elsaß-Lothringen betreffende Gegenstände, über welche er berathen wird. An neuen Vorlagen befinden sich darunter die Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen über die Errichtung öffentlicher Darlehnskassen, über die gesetzlichen Feiertage und über die Feststellung der Überbügungen im Falle der Zwangsenteignung. Ueber den Gesetzentwurf zur Ausführung des internationalen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphen-Kabel und den Entwurf einer Deklaration der Artikel 2 und 4 des internationalen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphen-Kabel werden die bez. Ausschüsse nach beendeter Vorberathung mündlich berichten.

Herr Dr. Windthorst „von Gottes und von Volkes Gnaden“ hat sich, nachdem er erst im Güzgenich mit lachendem Munde die Kund-

gebung des Papstes verhöhnt, später im „Pinsbau“ in Köln einem fröhlichen Gelage hingegeben, und ein Bericht des ultramontanen „Echo der Gegenwart“ schildert den Zentrumsführer, wie er „schmunzelnd, von Fröhlichkeit übergoßen, hin und her sich schaukelnd oder mit dem Glase schwenkend, den Rheinländern ein Kapitel über ihren Leichtsinns liest und in gleichem Athem den ironischen Wunsch anfügt, sie möchten noch leichtsinniger werden.“ Gewiß, ein altes bekanntes Lied muß eine Abänderung erfahren. Man muß jetzt singen: „Windthorst lebt herrlich in der Welt!“ Vom Papst darf überhaupt in „gut katholischen Kreisen“ gar nicht mehr die Rede sein!

Aus Paris wird der „Post“ vom 7. Februar Folgendes mitgetheilt:

Es ist unleugbar, daß auf die erste Bestürzung, welche der „Post“-Artikel hier hervorrief und welche naturgemäß an der Börse am größten war, eine bemerkenswerthe Ruhe gefolgt ist. Es fragt sich nur, wie man diese Erscheinung zu deuten hat. Ist sie ein Zeichen der Besonnenheit und der Erkenntniß, daß man zu weit gegangen war in der beständigen Herausforderung Deutschlands? Oder ist sie ein Zeichen, daß man für den Augenblick wenigstens eingeschüchtert ist und vorsichtig der kommenden Ereignisse wartet? Ich halte die eine wie die andere Deutung für vollkommen irrig. Schon der Umstand kann darüber belehren, daß man sich in der Presse wie im Publikum um die Wette beglückwünscht zu der ruhigen Haltung, die man bewahrt und in der man sich sichtlich gefällt, aber nur, weil man sich den Trost gibt, daß man der Welt eine gewaltige Ueberrasschung zu bereiten willens ist. Boulanger's Macht und Einfluß stehen fester als je. Aber es ist ganz falsch, dies als Folge der deutschen Angriffe auf den General hinstellen zu wollen. Boulanger und die Franzosen hatten sich gefunten, als die deutsche Presse ihre Stimme erhob, und die Warnungen der letzteren haben nur das bewirkt, daß man die Rüstungen und Herausforderungen nicht bei klingenden Spiel fortsetzt, sondern mit einer bewußten Stille, durch welche man das Gefühl der Wichtigkeit der bevorstehenden Aktion einzuweilen sich erhöht. Die opportunistischen Führer haben vor Kurzem noch die Absicht, den Sturz Boulanger's auf parlamentarischem Wege herbeizuführen. Sie haben die Absicht aufgegeben und wenden sich der aufgehenden Sonne zu. Für diese Aenderung mögen zwei Gründe maßgebend gewesen sein. Zuerst das Gefühl, daß eine Partei sich nur schaden kann, wenn sie der in den Massen tief eingewachsenen Popularität Boulanger's sich entgegensetzt; zweitens der Gedanke, daß Boulanger, je mehr er von dem Vertrauen aller Parteien getragen wird, umso mehr Anlaß hat, sich den Radikalen ausschließlich hinzugeben. Was nun das Vertrauen der Massen auf den General betrifft, so hat man ihnen seit dem Jahre 1871 einen Retter versprochen, und sie sind nun froh, daß dieser Retter endlich da ist, sind auch bereit, der Lösung, die er geben wird, noch eine Weile geduldig zu harren. Aber ihnen sagen, daß dieser Retter ein falscher Prophet gewesen, daß man sich in den Anzeichen seiner Beglaubigung geirrt habe, kann jetzt Niemand wagen, da er die Massen entweder gegen sich erbittern oder in Apathie stürzen würde. Denn sie sind nicht kriegelustig, sie wünschen aber den Krieg, dessen Unvermeidlichkeit und dessen herrliche Folgen man ihnen seit 16 Jahren gepredigt, endlich kommen und vorübergehen zu sehen. Das ist die Stimmung der Massen, namentlich auch in der Provinz, die Stimmung der Bauern und Arbeiter. Daß die Armee noch viel mehr als das Volk den Tag der großen Entscheidung herbeisehnt, an dessen glücklichem Ausgange sie nicht zweifelt, ist natürlich und selbstverständlich. Es hat nicht wenig Offiziere gegeben, welche die Mission des Generals Boulanger bezweifelt haben, aber keiner von ihnen weiß einen besseren Führer, und da sie die Hinzögerung der Entscheidung peinlich empfinden, so entschließen sie sich, dem Manne, dem die meisten vertrauen, auch ihrerseits zu vertrauen. Aus dieser allseitigen Stimmung ist die Stille zu erklären, welche demnach eine Stille vor dem Sturm ist, ein allgemeines erwartungsvolles Harren auf die Stunde, in welcher der er-

forene Mann das Zeichen geben wird. Es ist noch eines Umstandes zu gedenken, welcher zum Heranreifen der Kriegesentschlossenheit in allen Kreisen wesentlich beigetragen hat. Dieser Umstand ist die Haltung der russischen Presse. Man sagt sich hier wohl, daß der russische Kaiser die feindselige Gesinnung gegen Deutschland nicht zu theilen scheint. Man sagt sich sogar — denn eine leichte, oft glänzende Fassungsgabe darf man den gebildeten Franzosen niemals absprechen — daß Rußland sogar eine Thorheit begeht, wenn es, da es doch von Deutschland in der Unterwerfung des Orients kaum eine Störung zu befürchten hat, den schweren Kampf gegen das verbündete Deutschland und Oesterreich aufnimmt. Allein man rechnet auf den Deutschenhaß der Panslawisten, der Katkow u. s. w. Man rechnet, daß diese Kreise, deren Einfluß man sich als unwiderstehlich im gegebenen Moment vorstellt, den Kaiser fortzreiben werden, sobald Frankreich das fürchtbare Waffenspiel begonnen hat. In dieser Ueberzeugung sind die Franzosen namentlich durch reisende Mitglieder der panslawistischen Partei bestärkt worden.

So ist hier die wahre Lage der Dinge. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß die Rüstungen mit dem größten Nachdruck fortgehen, und daß man sich höchstens etwas mehr wie vor Kurzem bemüht, das Geräusch zu vermeiden.

Aus Kischnew in Bessarabien wird gemeldet:

In Kischnew sind im Auftrage der russischen Regierung große Lieferungsverträge für Proviant und Fourage zu militärischen Zwecken abgeschlossen worden. Die Lieferungsverträge lauten für Bessarabien, für Ekaterinoslaw, für Bodoiken, für Odessa und für die Krim, und sind die Lieferungs-Termine durchweg auffallend kurz bemessen. Ueberhaupt herrscht im südwestlichen Rußland ein sehr reges militärisches Leben, und ist auch das Verhalten des hiesigen russischen Gesandten, Herrn Hitrow, nicht danach angethan, die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgleich in der bulgarischen Frage zu erhöhen. Man weiß, daß die bulgarischen Emigranten und Flüchtlinge aus den der Gesandtschaft zur Verfügung stehenden Dispositions-Fonds erhalten werden und kennt auch die Wege, auf welchen ein steter Kontakt zwischen dem hiesigen russischen Gesandtschafts-Palais und den Malkontenten Bulgariens unterhalten wird, viel zu genau, als daß man dort, wo solche Mittel gebraucht werden, ehrliche Ausgleichs-Absichten voraussetzen könnte.

Strasburg i. E., 9. Februar. Bei dem heutigen Diner, welches der Statthalter Fürst Hohenlohe dem Landesauschusse gab, sagte Erleterer, die Zeiten würden, ohne daß ein Krieg bevorstehend sei, ernst bleiben, so lange die allgemeine Stimmung in Frankreich nicht derart sei, daß man rückhaltlos die durch internationale Verträge geschaffene Lage anerkenne. Auf den Frieden hinzuwirken, habe die elsass-lothringische Bevölkerung gegenwärtig durch die Wahlen die beste Gelegenheit. So lange bei den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke die Ueberzeugung nicht durchgedrungen sei, daß Elsaß-Lothringen die Wirkungen des Frankfurter Vertrages voll anerkenne, könne das Land nicht hoffen, den anderen deutschen Staaten gleichgestellt zu werden.

Strasburg i. E., 10. Februar. Der Hauptpassus in der gestrigen Rede des Statthalters Fürsten von Hohenlohe lautet wie folgt: „Je mehr in mir das Gefühl der Anhänglichkeit an dieses Land erstarbt, um so inniger ist mein Wunsch, daß Gott dasselbe bewahren möge vor jeglicher Trübsal, insbesondere dasselbe bewahren möge vor einem schrecklichen blutigen Kriege. Wenn ich heute das verhängnisvolle Wort ausspreche, so geschieht es nicht, weil ich den Krieg als nahe bevorstehend ansehe, aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: Die Gefahr besteht und wird so lange bestehen, als unsere westlichen Nachbarn sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß der durch den Friedens-Vertrag geschaffene Rechtszustand ein dauernder sei; die Gefahr wird uns sofort gegenüber treten, wenn es einer unruhigen Minderheit gelingen sollte, das sonst so friedliche und arbeit-

same Volk Frankreichs zu Entschließen fortzu-
reisen, die uns nöthigen würden, für unser Recht
mit aller Energie und mit der ganzen Macht des
Reichs in die Schranken zu treten. Ist dem so,
dann gewinnt jede öffentliche Kundgebung eine
erhöhte Bedeutung, da sie Esch-Lotbringen Ge-
legenheit bieten, seine friedliche Gesinnung zu be-
thätigen und mitzuwirken an dem Werke der
Erhaltung des Friedens. Nichts wäre geeigneter,
die Kampflust jener erwähnten Minderheit anzu-
fachen, als die Wahl von Männern, welche die
Zweifel an der Dauer unseres Rechtszustandes
theilen, oder welche sich weigern, dem deutschen
Reiche die Mittel zur dauernden Erhaltung eines
starken Heeres zu gewähren."

Ausland.

Wien, 8. Februar. Die heutige Sitzung
des Abgeordnetenhauses begann recht bedrohlich,
doch zerrte sie sich bald das Gewölk und die Be-
rathung verlief in normaler Gemüthsstimmung.
Taaffe beantwortete die Interpellation der deutsch-
böhmischen Abgeordneten wegen der Sistirung von
Bereins-, Gemeinde- und Bezirksvertretungs-Kund-
gebungen gegen den Sprachenerlass Präzif's und
für Schmerling. Vorerst wies er den Vorwurf,
daß die Berichte partiell vorgehen, entschieden
zurück, dann behauptete er, daß die Behörden bei
Sistirung von Beschlüssen nur auf Grund ein-
schlägiger Gesetze einschreiten. Er leugnete, daß
die Behörden zum Einschreiten einen speziellen
Auftrag erhielten, er giebt aber zu, daß dieselben
„erinnert“ würden, vom staatlichen Aufsichtsrecht
Gebrauch zu machen. Das ist Haarpalerei. Die
„Erinnerung“ war eben der Befehl, und welcher
Bezirkshauptmann würde es wagen, eine solche
„Erinnerung“ zu mißachten. Das ironische Ge-
lächter der „Linken“ zeigte, daß man den Werth
einer solchen „Erinnerung“ genau kenne. Den
Theil der Interpellation, welcher die Kundgebun-
gen zu Gunsten des Antrages Schmerling betrifft,
berührte Taaffe nicht. Knos erhob sich nun, um
in seiner Manier gegen den böhmischen Statt-
halter, welchen Taaffe in Schutz genommen, los-
zudenken. Er verlangt die Eröffnung der De-
batte, um das Vorgehen des Statthalters Baron
Kraus zu schildern und um dem Ministerpräsi-
denten zu zeigen, daß der von ihm geschützte
Statthalter seine Schuldigkeit nicht erfüllt. (Die
Rechte wird sehr unruhig.) Baron Kraus besäße
nicht die Fähigkeit, seinen Posten auszufüllen.
(Rechts: Zur Ordnung!) Man muß es tief be-
klagen, daß der Ministerpräsident einen so unfä-
higen Menschen noch nicht erkannt hat. Jetzt
wird der Lärm so groß, daß Smolla einschreitet
und Herrn Knos bedeutet, daß eine Kritik unstat-
thaft sei. Aber zur Ordnung ruft er ihn doch
nicht. Die namentliche Abstimmung fiel zu Un-
gunsten des Antrages Knos aus, der also nicht
erzählen kann, was in Böhmen vorgeht. Nun,
bei der Budgetdebatte wird er's nachholen. Die
Art, wie Knos seine Gravamina vorbringt, ist so
derb, daß er gar Viele, die ihm in der Sache
zustimmen, sich zu Gegnern macht. Die deutsch-
liberalen Großgrundbesitzer, die Gruppe Coronini
und noch andere Gemäßigte verließen den Saal,
um nicht für Knos stimmen zu müssen.

Heute trat das Abgeordnetenhause in die
Debatte über die Krankenversicherung der Arbeiter
ein. Es giebt viele Differenzpunkte zwischen der
linken und rechten Seite des Hauses: der mar-
xistische ist der, daß die Feudalen und die Schlichte
die ländlichen Arbeiter von der Krankenversiche-
rung ausgeschlossen wissen wollen, während die
Liberalen den entgegengegesetzten, den humanen
Standpunkt vertreten.

Wien, 9. Februar. Das „Fremdenblatt“
schreibt: Das Zentrum, welches dem Papst nicht
folgt, hört auf, eine kirchliche Partei zu sein;
ihm gilt die Autorität des Papstes ebensowenig
als die Ebneninteressen des Reiches. Episcopat
und Klerus stellen die Agitation für eine Partei
ein, die päpstliche Briefe verleugnet und päpstlichen
Wünschen widerstrebt. Der Sieg der Regierung
wäre auch für Europa ein willkommenes Zeichen
des Friedens. Das „Neue Tageblatt“ kommt von
einer dem Fürsten Bismarck feindseligen Betrach-
tung zu demselben Schlusse.

Das „Fremdenblatt“ erklärt die angeblichen
franzosenfreundlichen Aeußerungen des Kaisers
zu dem französischen Botschafter für falsch.
Der Landespräsident der Bulowina, Baron
Alessani, ist plötzlich an einem Herzschlag ge-
storben.

Der Botschaftsrath Rosty von Rom ist zum
Generalkonsul in Alexandria, Gerent Griller in
Alexandrien zum Generalkonsul in Moskau ernannt.

In Graz nahm eine große Arbeiterversamm-
lung eine anarchische Resolution an, worin der
Parlamentarismus, weil er ein Ablenkungsmittel
von einem gründlichen Umsturz sei, verwor-
fen wird.

Rom, 9. Februar. Die Königin empfing
heute den deutschen Botschafter v. Kundell und
dessen Gemahlin.
Brüssel, 8. Februar. Die bereits telegra-
phisch erwähnte Finanzvorlage der Regierung be-
rechnet die im Laufe dieses Jahres notwendigen
außergewöhnlichen Ausgaben auf 49,381,896 Fr.,
und zwar für die Rechtspflege 261,000 Fr., für
das Auswärtige Amt 90,000 Fr., für die innere
Verwaltung 1,700,000 Fr., für die Finanzver-
waltung 76,000 Fr., für das Eisenbahnwesen
7,000,000 Fr., für den Ackerbau 20,334,560 Fr.
und für die Landesverteidigung 19,573,000 Fr.
Leptere Summe würde zur Erneuerung der In-
fanteriegewehre und zur Befestigung von Küttich

und Namur verwandt werden. Doch will die
Regierung für das laufende Jahr nur für ein
Drittel der Ausgaben die Deckung beanspruchen.
Kaum war diese Vorlage eingebracht, als Houzeau
de Leblain, Vertreter von Mons, die Kammer
dringend ersuchte, unmittelbar nach den Budgets
den Antrag d'Ultremonts auf Einführung der
persönlichen Militärpflicht in Berathung zu
nehmen. Auch Carlier, ebenfalls Vertreter von
Mons, trat warm dafür ein. Jacobs hielt die
Sache aber nicht für gar so eilig und meinte,
die Vieh- und Kornzollfrage sei weit wichtiger
und müsse vorher zur Sprache gebracht werden.
Das war aber Birmez doch zu stark; dieser sonst
so ruhige Mann rief mit lebhafter Erregung:
„Wird die persönliche Dienstpflicht beschlossen, so
bringen Sie eine nothwendige Reform zu Stande.
Verwerfen Sie dieselbe, so thun Sie es auf Ihre
antwortung. Aber nehmen Sie sich in acht!
Sie begeben damit einen doppelten Fehler, einen
militärischen und einen sozialen. Sie haben Ihre
Wählerversammlung befragt. Das Wahlinteresse
geht über alles. Erst muß Vieh und Korn be-
lastet werden. Bevor man das Vaterland ver-
theidigt, muß man das Volk aushungern. Diese
unpatriotische Haltung der Rechten wird vom Lande
streng gerichtet werden.“ Unter dem Beifall der
Linken schloß Birmez; aber die Rechte wies mit
ihrer erdrückenden Mehrheit den Houzeau'schen
Antrag zurück. Der Vieh- und Kornzoll behält
den Vorrang.

Paris, 8. Februar. Heute Morgen berich-
teten die Journale über die Absicht der Oppor-
tunisten und Monarchisten, eine Vertagung der
Debatte über die außerordentliche Kreditvorlage
für das Kriegsministerium herbeizuführen und vor
Beginn der Kammerersitzung erfuhr man, daß der
Ministerrath beschlossen, sich einem solchen An-
trage entschieden zu widersetzen und daß in Folge
dessen die Budgetkommission einen gleichen Be-
schluß gefaßt habe. Man erfuhr ferner, daß die
Antragsteller der Opportunist Jules Roche und
der Anarchist de la Martiniere ihre Absicht auf-
gegeben hätten. Die Kammer, welche in ihrer
heutigen Sitzung die Budgetdebatte fortsetzte, ge-
langte gegen 3 Uhr zu dem Artikel 11 der Vor-
lage, wodurch dem Kriegsministerium für 1887
ein außerordentlicher Kredit von 191 Millionen
bewilligt wird, worin sich die vielbesprochenen 86
Millionen befinden, welche General Boulanger in
diesem Jahre für die neue Bewaffnung verwen-
den will, für die er bekanntlich im Ganzen 360
Millionen beansprucht. Niemand, ich wiederhole
Niemand meldete sich zum Worte, worauf Präsi-
dent Floquet zur Abstimmung schritt. Alle Hände
erhoben sich für die Annahme, und bei der Gegen-
probe erhebt sich keine einzige Hand. In gleicher
Weise werden einstimmig der außerordentliche Kre-
dit von 30 Millionen für die Marine und 54
Millionen für öffentliche Bauten bewilligt. So
wird in der französischen Kammer, von Radika-
len, gemäßigten Republikanern und Monarchisten
trotz des traurigen Zustandes der Finanzen, trotz
des enormen Defizits einstimmig bewilligt, was
ein Kriegsminister, dem die Hälfte der Kammer
gar keines oder doch nur ein sehr beschränktes
Vertrauen schenkt, als notwendig erachtet, um
die französische Armee kriegstüchtig zu machen.
Was sich inzwischen in Deutschland ereignet,
brauche ich nicht hervorzubehben. Aber der Kon-
trast ist wirklich drastisch!

Paris, 9. Februar. Der Kriegsminister
General Boulanger hat angeordnet, daß die Bat-
terie von Bruyeres, im Südosten von Laon ge-
legen, fernerhin „Batterie Henriot“ genannt wer-
den soll. Henriot ist jener Artillerist, der die
Zitadelle von Laon durch Entzünden der Pulver-
kammer am 9. September 1870 in die Luft
sprengte, nachdem der kommandirende französische
General kapitulirt hatte und als die deutschen
Truppen unter den Befehlen des Herzogs Wil-
helm von Mecklenburg-Schwerin in die Stadt und
in die Zitadelle einrückten. Schon früher war
in der Zitadelle eine Gedenktafel mit der In-
schrift angebracht: „Zur Erinnerung an Henriot
(Dominique), Artillerie-Feldwebel, der sich unter
den Ruinen der Pulverkammer von Laon im
Jahre 1870 begranatete.“

Petersburg, 9. Februar. Die Behörden
lamen jüngst hier einer weitverbreiteten Verbin-
dung unter den Höflingen fast aller höheren Mi-
litär-Lehranstalten und der Marineschule auf die
Spur. Außer mehreren Marine-Offizieren wur-
den ca. 80 bis 100 Schüler arreirt. Vollkom-
men unberührt soll nur die Ingenieurschule sein.
Die Entdeckung soll durch den Selbstmord
eines jungen Mitgliedes der Verbindung herbei-
geführt worden sein, welches sich entdedt glaubte
und sich mit Zurücklassung kompromittirender Pa-
pierre erschoss. Die Verbindung strebte republikan-
ische Ziele an. So arbeiteten aber jedenfalls
nihilistische Wühler mit. Die strengste Unter-
suchung ist im Gange. Man erzählt sich, an-
fangs hätte der Kaiser die Meldung gar nicht
glauben wollen. Es liegt in dieser Verschwörung
eine Art Nemesis für die bekannten russischen Zet-
telungen in der Junkerschule zu Sofia.

Kopenhagen, 8. Februar. Der Bericht über
den Gesandtenwurf betreffend die Befestigung von
Kopenhagen ist gestern von dem Bertheidigungs-
Auschuß des Landstingens erpatet worden. Wie
aus der Motivirung hervorgeht, hat der Auschuß
mit Zustimmung des Kriegeministers wesentliche
Aenderungen des Befestigungsplanes vorgenommen,
weil „die Fortschritte der Artillerie in der An-
wendung von Granat-Kardätschen und von Gra-
naten mit furchtbaren explosiven Sprengstoffen“,
welche erst in der letzten Zeit erfunden seien, die

Beibehaltung der alten Festungsformen unmöglich
mache. Zur „Verhütung von Mißverständnissen“
bemerkte der Auschuß, daß das, was die Regierung
bisher beantragt habe, noch keine vollständige Be-
festigung von Kopenhagen nach der Landseite sei.
Der Auschuß berechnet nun die vorläufigen Aus-
gaben wie folgt: Ein großes Seefort auf dem
Mittelgrunde und zwei Küstenbatterien nördlich
und südlich von Kopenhagen (letzte werden jetzt
schon gebaut) mit Bestückung 17,000,600 Kronen,
die ganze Landbefestigung inkl. Bestückung 34,636,600
Kronen, verschiedene kleinere Forts mit Panzer-
thürmen vor der Festungslinie 2,414,000 Kro-
nen, im Ganzen also 54,071,200 Kronen; da
aber auch die Anlage von Magazinen, Werkstätten,
Laboratorien ic. nöthig sei, so seien folglich die
Ausgaben mit rund 60,000,000 Kronen zu ver-
anschlagen. Der Auschuß meint, daß das Land-
sting, selbst wenn es an die Forderungen der
Regierung für die Vergrößerung der Flotte denke,
sich nicht abschrecken lassen werde, die Mittel zur
Befestigung der Hauptstadt zu bewilligen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Februar. Ein Pfandleiher,
welcher auf ein verpfändetes Sparfassenbuch wegen
seiner noch nicht fälligen Forderung widerrechtlich
Geld erhebt, macht sich nach einem Urtheil des
Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 13. Dezem-
ber v. J., dadurch der Unterschlagung, nicht aber
auch der nach § 290 Str.-G.-B. zu bestrafenden
unbefugten Ingebrauchnahme der Pfandsache
schuldig.

Heute (Freitag) Abend findet im großen
Saale des Konzerthauses ein Konzert statt, dessen
Ertrag zum Besten des Vaterländischen Frauen-
Bereins bestimmt ist. Veranstatet wird dasselbe
von Herrn Direktor K. A. Fischer und wirken
außer der Kapelle des 34. Regiments und meh-
reren Schülern des Fischer'schen Musik-Instituts
auch die Konzertsängerin Fr. Marie Löwe
aus Berlin und Fr. Marie Fischer mit.

Dem Oberlieutenant z. D. Günter,
bisher Bezirks-Kommandeur des 2. Bataillons
(Stralsund) 1. pommer'schen Landwehr-Regiments
Nr. 2, ist der Rothe Adler-Orden 4ter Klasse
verliehen.

Auf die heute im Stadttheater für
Herrn Karl Mühe stattfindende Benefizvor-
stellung „Die Zauberflöte“ machen wir die Thea-
terfreunde nochmals aufmerksam, umso mehr die
Oper mit den ersten Kräften besetzt ist, und
wünschen wir dem Benefizianten ein recht volles
Haus. Fräulein Elsa Friedhoff wird ihr
höchst befallig aufgenommenes Gastspiel noch
bis morgen, Sonnabend, verlängern und uns an
diesem Abend eine ihrer herrlichsten Bühnen-
schöpfungen, Schiller's „Maria Stuart“ vorführen.
Für Sonntag ist eine würdige Gedächtnisfeier
zur Erinnerung an den Todestag Richard Wagner's
vorbereitet.

In der gestrigen Sitzung des Schur-
gerichts wurde wiederum mit Ausschluß der
Defensibilität verhandelt. Den Maurer Fr.
Wihl. Peger aus Grabow traf wegen Noth-
zucht eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren und
Ehrverlust auf gleiche Dauer.

Der Verein für Handlungs-Kommis-
1858 in Hamburg hat in seinem Hauptzwecke,
der kostenfreien Stellen-Vermittlung, diesem äl-
testen und bedeutendsten Theile seiner verschiedenen
Aufgaben, in dem abgelaufenen Monat Ja-
nuar d. J. wiederum einen hübschen Fortschritt
gegen denselben Monat des Vorjahres erzielt.
Der Verein besetzte im Januar 197 Bälanken,
gegen 152 im Januar 1886, während im gan-
zen Jahre 1886 2194 Bälanken und seit Be-
stehen des Vereins bis zum 11. Januar er-
23,000 Bälanken durch seine Vermittlung er-
ledigt wurden. Einen Hauptwerth legt der Ver-
ein bei seiner Stellen-Vermittlung bekanntlich
darauf, über die Empfehlungswürdigkeit seiner
stellenjuchenden Mitglieder durch eingehende Er-
kundigungen bei deren früheren Chefs sich zu un-
terrichten, gewiß eine Einrichtung, deren bedeu-
tende Kosten dadurch aufgehoben werden, daß
dieselbe ebensowohl dem Interesse der Prinzipali-
tät, wie dem der Stellensuchenden, in eminenter
Weise dient. Auch die hervorragenden Abthei-
lungen des Vereins, die Pensions-Kasse (Invali-
den-, Wittwen-, Alters- und Waisen-Versor-
gung), die Kranken- und Begräbnis-Kasse e. H.,
deren Wirken sich, wie das der Stellen-Vermittel-
ung, über ganz Deutschland und zum Theil weit
über dessen Grenzen hinaus erstreckt, haben in
dem verfloßenen Monate sich ebenfalls erfreulich
weiter entwickelt. Die Pensions-Kasse, welche erst
seit dem 1. Juli 1886, also nur 7 Monate be-
steht, zählt am 1. Februar d. J. bereits 821
Mitglieder (gegen 723 Mitglieder ult. Dezember
1886) mit einem Vermögen der Kassen-Angehörigen
bis zu dem genannten Tage von 97,822 Mk.
48 Pf. Die Mitgliederzahl der eingeschriebenen
Hülfskassen des Vereins, die in eine solche am
1. Juli 1885 aus der früheren einfachen Ver-
eins-Kranken-Kasse, mit Ausdehnung über das
deutsche Reich umgewandelt wurde, ist bis ult.
Januar d. J. auf 1602 gestiegen, gegen 1166
Mitglieder am 31. Januar 1886 und 1535 am
31. Dezember v. J. Die Zahl der Angehörigen
des Vereins selbst, welche sich über eine große
Anzahl Städte unseres Vaterlandes, des außer-
deutschen Europa und überseeischer Länder ver-
theilen, betrug ult. Dezember 1886: 17,917,
von welchen auf etablierte Mitglieder 2341, auf
nicht etablierte 14,419 und auf die Lehr-
linge 1157 entfallen. Im Monat Januar er-

sind weitere 464 Mitglieder und Lehrlinge dem
Vereine beigetreten.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater:
Benefiz für Herrn Mühe. „Die Zauberflöte.“
Oper in 4 Akten.

Sonnabend. Stadttheater: Letztes
Gastspiel des Fr. Elsa Friedhoff. „Maria
Stuart.“

Bermischte Nachrichten.

Von Ch. Leland, dem humoristischen
Amerikaner, der sich durch „Hans Breitmann's“
Balladen einen Namen auch in Deutschland ge-
macht hat, ist kürzlich in einem Londoner Verlag
ein lustiges Büchlein erschienen, betitelt „Snooping“.
Das Buch ist eine Lüge gegen die näselweisen
Leute, gegen die Snocooper- oder „Schnüffler“,
welche die Künstler, während sie bei der Arbeit,
sei es im Freien oder im Atelier, sind, durch
müßiges und zudringliches Begaffen oder Anreden
ärgern. Leland erzählt eine Menge Anekdoten
von Künstlern, welche sich gegen solche Plage-
geister zu helfen mußten. Hier einige derselben:
Der Maler N. R. pflegte sich, bevor er im
Freien skizzierte, ein Dupend Beulen und Ge-
schwüre ins Gesicht zu malen, und wenn dann
die Bummeler kamen und ihn umstanden, dann
legte er deutlich an den Tag, daß er arge kör-
perliche Schmerzen empfinde, so daß in der Regel
ein Theilnehmender ihn fragte, woran er leide,
worauf der Künstler ruhig, aber belümmert ant-
wortete: „Ich glaube, es sind die Blattern, allein
ich muß leider ums Brod arbeiten.“ Dar-
auf pflegte die Gaffer sehr schnell zu verduften.
Ein anderer Künstler pflegte sich eine halbe Auf-
schale, auf welche er ein blutunterlaufenes und
gequollenes Auge gemalt hatte, in die Augen-
höhhlung zu kneifen, was ihm ein auf viele bun-
dert Meter abschredendes Aussehen verlieh.
— Ein gewisser Jones vertrieb einen lästigen Gaf-
fer, welcher ihm beständig nachließ, wo er arbei-
tete, dadurch, daß er sich einmal plötzlich erhob,
ihm einen Penny in die Hand drückte mit dem
Bemerkung, er könne leider nicht mehr geben, da
die „Anderen“ ihn schon ganz ausgebeutelt hät-
ten. — Ein altes Fräulein, eine Kunstillet-
tantin, machte sich einst an einen mit seiner
Studie beschäftigten Künstler heran und fragte
ihn mit süßlicher Miene: „Hätten Sie nichts da-
gegen, daß ich Ihnen zuschaue? Ich möchte so
gern ein paar Ideen profitieren.“ Darauf erwid-
erte der Schalk von Künstler rasch: „Nein,
nicht im mindesten! Ich bin eben im Begriff,
einen Brief an meinen Schatz zu schreiben;
wenn Sie mir über die Achseln sehen, können
Sie mitleiden.“

Verantwortlicher Redakteur: B. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 10. Februar. Der „Polit. Kor.“
wird aus Konstantinopel gemeldet, Zankow ver-
weigere die Annahme des ihm angebotenen Zu-
geständnisses, wonach ein Regent und zwei Mi-
nister aus Mitgliedern der Oppositionspartei ent-
nommen werden sollen, derselbe verlange viel-
mehr eine größere Vertretung der Opposition der
Regentschaft.

Wien, 10. Februar. Der „Bester Lloyd“
meldet:
In unterrichteten Wiener Kreisen erklärt
man die Rückkehr Kaulbars nach Bulgarien für
absolut unbegründet.
Graf Szapary erschien gestern zum letzten
Male im Parlament.

Brüssel, 10. Februar. Anlässlich der Re-
krutirung entstanden in Gent arge Mißverständ-
nisse, wobei der Regierungskommissar durch sozia-
listische Refruten verumdet wurde. Es fanden
zahlreiche Verhaftungen statt.

Paris, 10. Februar. Heute oder spätestens
morgen findet die Beendigung der Budgetdebatte
statt. Als zweifellos gilt nunmehr, daß die De-
putirtenkammer beschließen wird, der Getreidege-
setz-Vorlage die Priorität zu geben.

Paris, 10. Februar. General Martiniow,
der Flügel-Adjutant des Zaren, ist hier einge-
troffen. Nach dem „Figaro“ wird derselbe mor-
gen von Flourens empfangen werden, da die
Hierherkunft des russischen Generals mit der bul-
garischen Frage zusammenhänge.

London, 9. Februar. Bei der heutigen
Wahl in St. Georges wurde Goschen mit 5702
Stimmen ins Unterhaus gewählt. Sein Gegen-
kandidat Haveman (radikal) erhielt 1545
Stimmen.

Bukarest, 9. Februar. Der neue britische
Gesandte Laeelles ist hier eingetroffen.

Konstantinopel, 10. Februar. Bezüglich
Egyptens soll England folgende Vorschläge ge-
macht haben: Autonomie Egyptens, das außer-
dem neutrales Land werden solle, Freiheit des
Verkehrs auf dem Suezkanal. Im Falle von
Außerordnungen in Egypten steht es der englischen
Regierung zu, das Land wieder zu besetzen. Eng-
lische Truppen sollen ferner das Recht des Durch-
zugs durch Egypten haben, und zwar sowohl zu
Land wie auf dem Kanal; die Mehrheit der Of-
fiziere in der ägyptischen Armee muß aus Eng-
ländern bestehen.

St. Francisco, 10. Februar. Während
des Konzertes, welches gestern Abend im hiesigen
Opernhause stattfand, wurde von einem Irren-
sinnigen eine Bombe gegen Adolina Batti geschleu-
dert. Die Bombe platzte jedoch zu früh und
verlegte nur den Irrensinigen.